

PRESESTIMMEN

DEBATTE UM ZÖLIBAT

DIE WELT

„Verwunderung“ Dass sich der emeritierte Papst Benedikt XVI. derart vehement für das Zölibat ins Zeug legt, mag in der Sache richtig sein. Es verwundert aber, wenn Benedikt in Verbindung mit Überlegungen seines Nachfolgers, dem Priestermangel durch Lockerung des Zölibats abzuwehren, von „diabolischen Lügen“ redet, die dazu dienen sollen, „das priestertliche Zölibat niederzumachen“.

Die Welt, Berlin

Frankfurter Allgemeine

„Kirchenspaltung“ Mit seinen Äußerungen über das Zölibat fällt Benedikt seinem Nachfolger Franziskus offen in den Rücken. Damit ist der Geist der Kirchenspaltung aus der Flasche. Die Saat der Selbstzerstörung, die in dem Beharren Benedikts auf dem Titel „papa emeritus“ angelegt war, ist jetzt nach sieben Jahren aufgegangen.

FAZ, Frankfurt

KALENDERBLATT



Foto: APA

DAS GESCHAH AM ...

15. Jänner

- 1975: Organisatorische Neugliederung des ORF in FS 1 und FS 2.
- 1980: Die UNO-Vollversammlung fordert die Sowjetunion mit Zweidrittelmehrheit zum Abzug aus Afghanistan auf.
- 1985: Einführung des „Schnurlos-Telefons“ in Österreich. Das auch als „vollautomatisches Taschentelefon“ bezeichnete „Mobilset 210“ stößt auf großes Interesse.
- 2015: Die Schweizer Nationalbank gibt unerwartet das Ziel auf, den Franken unter 1,20 Euro zu halten. In der Folge steigt der Wert des Franken auf weniger als 1 Euro.

nachrichten.at

Lesermeinungen finden Sie auf Seite 17 und im Internet unter: nachrichten.at/leserbriefe



Im rot-weiß-roten Dschungelcamp

Karikatur: Mayerhofer

MENSCHEN

JOSEPH RATZINGER

Der Neben-Papst

VON RENÉ LAGLSTORFER

Vatikan-Experten sind verblüfft: Der 2013 zurückgetretene Joseph Ratzinger, besser bekannt als Papst Benedikt XVI., mischt sich aus dem Ruhestand in die Amtsgeschäfte seines Nachfolgers Papst Franziskus ein. In einem Buch, das heute in Frankreich erscheinen soll, beharrt Benedikt in einem Beitrag auf der Beibehaltung des Eheverbots für römisch-katholische Priester. Inzwischen will Benedikt nicht mehr Co-Autor des umstrittenen Buches sein und spricht von einem „Missverständnis“ (mehr auf Seite 21).

Benedikts Mahnung zum Pflichtzölibat kommt jedoch zu einem Zeitpunkt, in dem der amtierende Papst Franziskus vor einer wegweisenden Entscheidung steht. Denn bei der Amazonien-Synode im Oktober hatte eine Mehrheit verlangt, dass in abgelegenen Regionen, wie dem Amazonasgebiet, bewährte verheiratete Männer zu Priestern geweiht werden können, um dem fortschreitenden Priestermangel entgegenzuwirken. Viele Gläubige hatten daraufhin gehofft, dass auch in weniger abgelegenen Regionen eine Aufweichung des Zölibats kommen könnte, gerade auch in Europa. Diesen Hoffnungen erteilte der emeritierte Papst nun eine deutliche Absage.

Geboren 1927 als Sohn eines bayerischen Gendarmeriemeisters im nur wenige Kilometer von Oberösterreich entfernten Marktl am Inn, lässt sich Joseph Ratzinger bereits im Alter von 24 Jahren zum Priester weihen. Sechs Jahre später habilitiert er sich zum Dogmatik-Professor, mit 50 Jahren wird der kühle Denker Erzbischof von München und Freising und wenig später auch Kardinal. 1981 macht ihn



Joseph Ratzinger

Foto: Reuters

sein Vorgänger Papst Johannes Paul II. zum Chef der Glaubenskongregation im Vatikan, die sich dem Schutz der Glaubens- und Sittenlehre verschrieben hat.

Nach dem Tod von Papst Johannes Paul II. wird der als erzkonservativ geltende Ratzinger 2005 zum Papst gewählt und nennt sich Benedikt. Missbrauchs- und Finanzskandale prägen seine Amtszeit. Nach acht Jahren verkündet er – als erst zweiter Papst in der Kirchengeschichte nach Coelestin V. im Jahr 1294 – seinen Rücktritt. Selbst charakterisiert er sich nun in dem aktuellen Buch-Beitrag als „vielleicht verschlossenen Typen“.

MEINUNG

LEITARTIKEL

VON SYLVIA WÖRGETTER



Grüner Deal ist kein ungedeckter Scheck

Die EU-Kommission legte gestern erstmals Zahlen vor, wie der Grüne Deal finanziert werden soll, den Ursula von der Leyen vor Weihnachten vorgelegt hat. Und der Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent machen soll. Der Umstieg von fossiler Energie auf karbonfreies Wirtschaften wird politisch nur durchsetzbar sein, wenn es möglichst keine Verlierer gibt.

Niemand werde zurückgelassen, hat von der Leyen daher auch versprochen. 237.000 Menschen in Europa arbeiten noch in Kohlejobs. Um ihnen und den betroffenen Regionen beim Umstieg zu helfen, ist ein „gerechter Übergangsmechanismus“ geplant. Dessen Kern bildet ein



EU-Nettozahlern muss klar sein: Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif

Fonds, der 30 bis 50 Milliarden Euro aufbringen soll. An frischem Geld aus diesem EU-Fonds sind freilich nur 7,5 Milliarden Euro vorgesehen. Und auch die gibt es

noch nicht. Denn das nächste Sieben-Jahres-Budget ist noch nicht ausverhandelt. Nettozahler wie Deutschland und Österreich wollen auf keinen Fall mehr in den EU-Topf zahlen. Es wäre also einfach, den Grünen Deal als Tropfen auf den heißen Stein und ungedeckten Scheck zu bezeichnen. Und es wäre falsch. Die EU kann, selbst wenn sie wollte, den Ausstieg aus fossiler Energie nicht allein bezahlen und den EU-Staaten zum Geschenk machen.

Ein EU-Jahreshaushalt ist nicht einmal doppelt so hoch wie das Budget Österreichs. Klimaschutz ist eine kollektive Aufgabe aller europäischen Länder. Die EU kann nur einen finanziellen Hebel bieten. Sie tut das über Finanzierungsgarantien, um private und öffentliche Investitionen auszulösen. Und sie tut das andererseits über Förderungen, die die Nationalstaaten durch Kofinanzierungen um das Doppelte bis Dreifache auffetten.

Genau so soll auch der Übergangsmechanismus samt Fonds funktionieren. Von der Leyen vertraut darauf, dass Klimaschutz ein gutes Geschäft wird und die Unternehmen mit Hilfe aus Brüssel kräftig in grüne Technologien investieren werden. Und sie hofft, dass bei den Nettozahlern die Einsicht einkehrt, dass sie Klimaschutz nicht zum Nulltarif haben können. Das geht auch an die Adresse Österreichs. Türkis-Grün hat sich den Klimaschutz auf die Fahnen geschrieben. Nun ist die erste Gelegenheit zu zeigen, ob es die Regierung ernst meint.

politik@nachrichten.at

Plädoyer für das sozialste Investment

Mit dem Kauf einer Aktie kann sich jeder an der Gewinnentwicklung der besten Unternehmen beteiligen. Eigentlich eine radikal gemeinnützige Idee. Besonders erfolgreicher Privatbesitz wird durch eine Aktie der Allgemeinheit zugänglich gemacht – eine Art individuelle Kollektivierung des Kapitals.

Würde es die Aktie noch nicht geben, müsste sie wohl heute von denjenigen, welche soziale Gerechtigkeit stärken wollen, als zukunftsweisende gesellschaftliche Innovation gefordert werden: Profite für alle! Durch die Einfachheit, mit der heute jeder eine Aktie erwerben kann, stellt sie geradezu das Ideal einer der Allgemeinheit zugänglichen Beteiligung an der Wertschöpfung im Unternehmenssektor dar.

KOLUMNE

WIRTSCHAFT VERSTEHEN

VON TEODORO D. COCCA



Eine Aktie ist die Überbrückung des veralteten Klassendenkens und damit ein äußerst modernes gesellschaftliches Ausgleichsinstrument, das die vermeintliche Kluft zwischen Arbeiter und Besitzer überwindet. Der Arbeiter kommt in den Genuss der sprudelnden Unternehmensgewinne und ist dabei als Aktionär gewissermaßen der Vorgesetzte seines Chefs.

Gerade in Zeiten von Nullzinsen auf dem Sparbuch wird zudem deutlich, dass nachhaltige Wertmehrer fürs Alter nur noch durch die Beteiligung an der realen unternehmerischen Wertschöpfung erzielt werden kann.

Aktien dienen allerdings nicht nur dem Einzelnen, sie sind auch „wohl-tätig“. Als Aktionär trägt man zur Fi-

nanzierung des jeweiligen Unternehmens bei, welches wichtige Wachstumsinvestitionen des Unternehmens finanziert und mit der Schaffung von Arbeitsplätzen einhergeht. Steigt der Aktienwert, kann das Unternehmen zusätzliches Kapital für weiteres Wachstum aufnehmen.

Eine Region, welche auf einen attraktiven Börsenplatz zählen kann, zieht zudem weiteres Kapital an und erleichtert Neugründungen die Finanzierung innovativer Geschäftsideen, welche die wirtschaftlichen Erfolge von morgen sind.

Börsengelistete Unternehmen wachsen in Summe dadurch viel stärker als der Rest der Wirtschaft und schaffen Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung – womit vielen wiederum Chancen eröffnet werden,

durch eigene Kraft im Leben voranzukommen. Der Staat kann mit den höheren Steuereinnahmen aus dieser Wertschöpfung seine Ausgaben für den Wohlfahrtsstaat erhöhen. Nachhaltig sozialer geht es kaum.

Selbstverständlich haben Aktien auch Risiken, welche aber durch eine breite Streuung gesenkt werden können. Es ist immer wieder erstaunlich, wie schlecht das Image der Aktie gerade in Österreich trotz ihrer gesamtwirtschaftlichen Vorteile ist. Wer für moderne soziale Gerechtigkeit und der Förderung des Standortes steht, sollte ein Zeichen setzen – und Aktien kaufen.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der Universität Linz